

KOMMENTAR



Dicke Luft

Regierung darf Auto-Branche nicht länger schützen

▶ DETLEF DREWES (BRÜSSEL)

Für Barbara Hendricks war es die Stunde der Wahrheit. Denn die Bundesumweltministerin musste in Brüssel bitter erfahren, dass der Preis für ständiges Wegducken und Verschlafen hoch sein kann. Die Brüsseler EU-Kommission ist entschlossen, die Ignoranz der Regierungen in Sachen Luftreinhaltung zu durchbrechen – und sich auch mit den mächtigen Autobauern anzulegen. Wer es in den Ministerien oder den Führungsetagen der Konzerne immer noch nicht verstanden hat: Es gibt keine Schonfrist mehr. Die Luft in den Ballungsräumen muss sauberer werden. Jetzt, nicht in zehn oder 20 Jahren. Und zwar nicht deswegen, weil irgendeine europäische Verwaltung ein Mode-Thema entdeckt hat, sondern weil Menschen krank werden und sterben. Denn die Luft zum Atmen steckt voller Schadstoffe. Das würdelose Geschacher zwischen den politischen Ebenen Bund, Länder und Kommunen sollte aufhören. Notwendig ist eine konzentrierte Aktion aller Zuständigen. Auch die Auto-lobby muss aus ihren Sesseln herauskommen. Es gibt kein „Weiter so“ mehr. Fahrverbote sind nicht länger eine abgefahrene Idee, sondern realistische Dro-

hung. Brüssel hat zu lange Großmut und Geduld walten lassen. Dieser politische Druck ist hoffentlich heilsam. Bisher versuchen sich alle Beteiligten aus der Verantwortung zu ziehen – die Städtebauer ebenso wie die Autohersteller. Dabei ist klar: Es reicht nicht, die nächste Generation der Fahrzeuge sauberer zu machen. Gebraucht werden Lösungen für Millionen Gefährte, die jahrelang auf unseren Straßen unterwegs sind. EU-Umweltkommissar Karmenu Vella hat recht, wenn er falsche Versprechungen und Vertröstungen anprangert. Von besserer Luft 2030 haben die Eltern von Kindern mit schwerer Bronchitis heute gar nichts. Die Bundesregierung hat sich bisher in der Rolle des Hüters der Branche gefallen. Das soll niemand verurteilen: Die Hersteller garantieren Millionen Menschen eine Existenz. Aber die Zeit der Rücksichtnahme ist vorbei. Wenn Autobauer noch nicht die Zeichen der Zeit verstanden haben, werden ihre Produkte Ladenhüter. Autos, mit denen man nicht mehr fahren kann, kauft niemand. Wo ist der Fahrplan der Konzerne? Wer zu spät kommt, den bestraft der Markt. ▶ az-politik@zeitungsverlag-aachen.de



Der SPD-Fraktionschefin vertrauen die Unions-Partner wohl: Alexander Dobrindt (CSU), Vorsitzender der CSU-Landesgruppe in der Unionsfraktion, und Andrea Nahles schätzen sich. Das hilft beim Sondieren. Foto: dpa

Neue Partner, neue Feinde

Bei den Koalitionsverhandlungen kracht es kräftig zwischen Union und Sozialdemokraten. Show ist das nicht. Eine besondere Mittlerrolle kommt der SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles zu. Man vertraut ihr.

VON KRISTINA DUNZ

Berlin. Koalitionen verbinden, Freundschaften entstehen daraus nicht. Jedenfalls gilt die Politik als derart vermintes Gelände, dass Vertrauen kaum aufgebaut werden kann. Das betrifft aber genauso Politiker gleicher Couleur. Aus Parteifreunden können bekanntermaßen Feinde werden. Ein Lackmestest für Sympathie und Antipathie unter Politikern ist die Vorstufe einer Koalition: Die Verhandlungen darüber. Derzeit zu beobachten beim Ringen von Union und SPD um eine neue schwarze Regierung.

Stegers Tobsuchtsanfall

Am Montag stand das Ganze auf der Kippe, weil die beiden Lager beim Thema Familiennachzug für Flüchtlinge nicht zueinander fanden. Als Stachel im Fleisch wird sowohl bei Union als auch SPD immer wieder CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt beschrieben. Er trickse und täusche. Nicht nur SPD-Vize Ralf Stegner soll da einen Tobsuchtsanfall bekommen haben, während der Sondierungsphase wurde Ähnliches über Hessens CDU-Ministerpräsidenten Volker Bouffier berichtet. Sollte es wirklich zu einer großen Koalition kommen, werden sie sich mit Vorsicht genießen. Am Montag habe ein Anruf von Kanzlerin Angela

Merkel bei Dobrindt den vorzeitigen Bruch verhindert, erzählt Vertraute. Der nach außen gedrungene Theaterdonner sei keine Show, sondern echt gewesen, heißt es. Und sehr ernst zu nehmen. Als wichtiges Scharnier zwischen den Kontrahenten wird SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles beschrieben. Dobrindt schätzt sie, selbst wenn sie ihn auf dem SPD-Parteitag als „blöd“ bezeichnet hat. Wenn das die Zustimmung der Genossen zur Groko befördert, soll es ihm recht sein. Dobrindt empfindet eine Neuwahl im Bund mitten im Landtagswahlkampf in Bayern nicht als hilfreich.

Rasches Ende der Verhandlungen erwartet

Saar-Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) glaubt nach eigenem Bekunden an einen Abschluss der Verhandlungen über eine Neuaufgabe der großen Koalition in wenigen Tagen. Trotz aller Schwierigkeiten bei einigen Themen sei die Atmosphäre „sehr konstruktiv und sehr konzentriert“, sagte sie am Dienstag in Saarbrücken. „Insofern bin ich guter Hoffnung, dass wir am Sonntag, spätestens Montag zu einem Ergebnis kommen können.“ Kramp-Karrenbauer betonte, in allen Gruppen seien die Sondierungsergebnisse die Grundlage für die jetzigen Verhandlungen. „Es werden

Auch Merkel hält viel von Nahles. Aus Erfahrung. Als Bundesarbeitsministerin hat sich Nahles mit öffentlicher parteipolitischer Selbstdarstellung zurückgehalten und stattdessen hart Fachpolitik betrieben, heißt es in Merkels Umfeld. Das imponiere der Kanzlerin. Nahles war ihr da tausend Mal näher als CSU-Chef Horst Seehofer, mit dem es wegen der Flüchtlingspolitik zum Bruch kam. Merkel und er gehen jetzt wieder professionell miteinander um. Sympathisch werden sie sich nie sein. Von Freundschaft ganz zu schweigen. Das Verhältnis von Merkel und Schulz wird mehr als Nichtverhältnis

keine neuen Texte dazugelegt.“

Am schwierigsten sei die Diskussion über die sachgrundlose Befristung. CDU-Bundesvize Volker Bouffier erkennt nach eigener Aussage trotz der Einigung beim Streitthema Familiennachzug von Flüchtlingen noch keinen Durchbruch bei den Gesprächen. Er gehe zwar weiter davon aus, dass die Koalitionsverhandlungen bis zum Sonntag abgeschlossen werden könnten, sagte der hessische Ministerpräsident in Wiesbaden. Es gebe aber noch erheblichen Gesprächsbedarf. „Die Sache ist sehr anspruchsvoll. Die Parteien ringen.“

nis wahrgenommen. Er habe keine Prokura, könne ohne Rückkopplung mit Nahles kaum Entscheidungen treffen. So setzt Merkel gleich auf sie. Auf allen Ebenen der Verhandlungen ist dies immer wieder entscheidend für Anerkennung: Fachwissen, Sachlichkeit, Zielstrebigkeit. So haben während der Groko-Gespräche über die Bildungspolitik der SPD-Mann und frühere Generalsekretär Hubertus Heil sowie Merkels Staatsminister für Bürokratieabbau, der gelernte Anästhesist Helge Braun, offenbar ebenfalls einen Draht zueinander aufgebaut.

Interessante Distanz-Beziehung

Direkt nichts miteinander zu tun haben die Vorsitzenden der Nachwuchsorganisationen von Union und SPD, JU-Chef Paul Ziemiak und der Jusos-Vorsitzende Kevin Kühnert – und dennoch ist diese Distanz-Beziehung interessant. Ziemiak findet die Anti-Groko-Kampagne von Kühnert daneben, hält jetzt aber still, um die Auseinandersetzung nicht noch weiter anzuhetzen. Sobald die Entscheidung gefallen sein wird, ob es zur Neuaufgabe der großen Koalition kommt, dürfte es mit dieser Zurückhaltung allerdings vorbei sein. Dann ist Theaterdonner zu erwarten. In dem Fall aber auch wohl wieder ein bisschen Show.

NACHGEFRAGT

„Falsche Freunde“



▶ CEM ÖZDEMİR (GRÜNE)

neuer Vorsitzender im Verkehrsausschuss

Sind die Bürger weiter als die Industrie: Wollen sie nicht sauberere Autos kaufen, wenn sie ihnen preisgünstiger angeboten würden? Özdemir: Beim aktuellen Zick-Zack-Kurs der Bundesregierung kann ich die Kaufzurückhaltung nur allzu gut verstehen. Was ist das für ein Signal, wenn die Bundesregierung halbherzige Kaufprämien für saubere Autos ausgibt, jährlich aber mehr als sieben Milliarden Euro für die Subvention von Dieselmotoren draufgehen? Es braucht endlich ein Bonus-Malus-System, das den Umstieg auf saubere Autos belohnt.

Setzt die deutsche Autoindustrie mit schweren Dieselaautos nicht seit Jahren auf das falsche Pferd? Özdemir: Viele in der Autoindustrie haben sich zu lange auf falsche Freunde in der Bundesregierung verlassen. CDU/CSU und

SPD wollen am liebsten einen nationalen Bestandsschutz für den fossilen Verbrennungsmotor festschreiben. Für eine Branche, die zum Großteil abhängig ist vom Export in internationale Zukunftsmärkte, ist das eine gefährliche Innovationsbremse. Ich will die Voraussetzungen dafür schaffen, damit auch moderne Mobilität „Made in Germany“ zum Exportschlagwerk wird. Was bedeuten diese Skandale für das deutsche Image im Ausland? Özdemir: Die aktuellen Meldungen und die Betrügereien sind unfassbar. Die Verantwortlichen setzen das wertvolle Label „Made in Germany“ leichtfertig aufs Spiel. Auch die völlig unzureichenden Reaktionen der Bundesregierung schaden dem Ansehen unseres Wirtschaftsstandorts. Ich rate Autobauern ebenso wie der Bundesregierung dringend dazu, ihre Verteidigungsschlacht für fossile Kraftstoffe zu beenden. Sie sollten aufhören, in altbekannter Manier von Brüssel über Berlin bis nach Peking gegen Umweltstandards zu agitieren. Das Auto von morgen fährt abgasfrei. (bma)

Fesseln für Psychiatrie-Patienten: Karlsruhe hat das letzte Wort

Ein Patient ist aggressiv, wird gewalttätig: Wenn Deeskalation nicht hilft, kann ein Arzt die Fixierung anordnen. Verstößt diese Maßnahme gegen das Grundgesetz?

VON SÖNKE MÖHL

Karlsruhe. Es geschieht jedes Jahr zehntausendfach in deutschen Psychiatrien: Patienten werden mit Gurten am Bett fixiert, weil sie sich selbst oder andere gefährden. Zwei Betroffene aus Bayern und Baden-Württemberg wollen den Eingriff in ihre Freiheit nicht hinnehmen und sind vor das Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe gezogen. Gestern wurde darüber verhandelt. Der rechtliche Hintergrund ist kompliziert, weil jedes Bundesland ein eigenes Gesetz für die Psychiatrie hat. Grundsätzlich kann nur ein Richter die Freiheit eines Menschen entziehen: Denn das Grundgesetz garantiert die Freiheit der Person in den Artikeln 2 und 104.

Wie gehen Kliniken mit dieser Problematik um? In Karlsruhe beschreibt der Ärztliche Direktor des Isar-Amper-Klinikums in München, Peter Brieger, den typischen Fall eines Patienten, der bereits fixiert von der Polizei in eine Klinik gebracht wird – weil er etwa Drogen wie Crystal Meth genommen hat. „Die sind aggressiv und entfesselt“, berichtet Brieger. Das

habe es so vor zehn Jahren noch nicht gegeben. Solche Patienten müssten fixiert werden. „Wenn ich eine Notsituation habe, habe ich keine Zeit zu warten“, sagt der Ärztliche Direktor. Wo solle mitten in der Nacht ein Richter herkommen? Grundsätzlich setzen Pfl-

ger und Ärzte aber immer zuerst auf Deeskalation. Eine Fixierung an sieben Körperstellen, wie sie im Fall des Betroffenen aus Bayern über acht Stunden angewendet wurde, sei äußerst selten, sagt Brieger. Dann kann der Patient nicht einmal mehr den Kopf bewegen.

Tilmann Steinert von den Südwürttembergischen Zentren für Psychiatrie berichtet von Untersuchungen, nach denen Patienten die Fixierung als demütigend empfunden hätten. Sie hätten Angst und Wut gefühlt. In Ländern wie Großbritannien, den Niederlan-

den und der Schweiz würden aggressive Patienten eher isoliert als fixiert. Allerdings könnten Patienten das als ebenso belastend empfinden. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, verweist zu Beginn der Verhandlung auf die Schwere des rechtlichen Eingriffs. Die Freiheitsentziehung sei nur in besonderen Fällen gerechtfertigt. Verfassungsrichterin Doris König nennt die Zahl von 17 600 Fixierungen allein in Baden-Württemberg. Das sei 2016 bei 5300 Patienten angewendet worden.

Der baden-württembergische Sozialminister Manne Lucha (Grüne) betont, im Mittelpunkt des Landesgesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten stehe das Wohl der Patienten. Nach Auffassung der Landesregierung werde der Richtervorbehalt erfüllt. Sicherungsmaßnahmen innerhalb der geschlossenen Unterbringung seien nicht mehr als Freiheitsentziehung zu werten. In den Kliniken des Landkreises Heidenheim würden Fixierun-

Aachener Pflegewissenschaftler hofft auf mehr Rechtssicherheit für Patienten

Für Manfred Borutta (Foto: Archiv) ist der Fall klar: „Nicht die Damen und Herren in Weiß, sondern die in Schwarz sollten darüber entscheiden, ob psychisch kranke Menschen in Pflegeheimen fixiert werden dürfen.“ Richter stehende das letzte Wort bei solch gravierenden Eingriffen in die Persönlichkeitsrechte zu, nicht Mediziner. Mit Spannung erwartet der Pflegewissenschaftler an der katholischen Fachhochschule in Aachen deshalb die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts.

Borutta plädiert im Rahmen des geltenden Betreuungsrechts für den „Werdenfeller Weg“. Der sieht vor, dass Amtsgerichte sogenannte Verfahrenspfleger einsetzen. „Diese Ombudsleute für Patienten sollten

zusammen mit den Pflegeeinrichtungen abschätzen, ob ein psychisch kranker Mensch fixiert werden darf“, fordert Borutta. „Über den Vorschlag müssen dann Gerichte entscheiden.“ Bisherige Erfahrungen mit diesem Modell hätten gezeigt, dass so Zwangsmaßnahmen deutlich reduziert werden könnten. Auch deshalb habe inzwischen der Betreuungsgesichtstag in NRW den „Werdenfeller Weg“ einstimmig empfohlen.

Borutta hat nach eigenen Angaben in der Vergangenheit ein ähnliches Modell für die Städteregion Aachen vorgeschlagen. „Das Amtsgericht Monschau hat es auch umgesetzt“, erklärte Borutta gestern gegenüber unserer Zeitung. Nicht aber die Amtsgerichte Aachen und Eschwei-

ler. Hier habe man sich auf den Standpunkt gestellt, in Pflegeheimen sollten Patienten generell nicht fixiert werden. Diese Haltung sei jedoch wirklichkeitsfremd. „Als Ultima Ratio müssen Fixierungen möglich sein“, sagte Borutta. Das gelte beispielsweise auch für demenzkranke Menschen in Altersheimen, wenn offensichtlich sei, dass sie sich selbst gefährdeten. Von dem Urteil des Bundesverfassungsgericht erhofft sich Borutta nun „deutlich mehr Rechtssicherheit für Patienten und Pfleger.“ (Jozi)

